



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses 10/2008-2013 am 13.07.2009 im Raum 1.22 des Rathauses

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 21.10 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender
Ausschussmitglied

Horst Ostwald
Wilhelm Dahmen
Henry Danielski
Klaus Kasch
Uwe Köhlmann-Thater
Andreas Lemke
Jens Müller
Siegfried Ramcke
Christiane Schwarz
Joachim Süme
Elisabeth von Bressendorf
(für AM Henning Jungclaus)

”

”

”

”

”

”

”

”

stellv. Ausschussmitglied

Ausschussmitglied

Hans-Joachim Rösel -ohne Stimmrecht-

ferner

Bürgervorsteher Carsten Schäfer
Mitglieder des Seniorenbeirates

als Gast

Dipl.-Ing. Architekt Karsten Wulf zu TOP 11

seitens der Gemeindeverwaltung

Jörn Mohr
Volker Duda
Christian Herzbach
Jan-Hendrik Jessen
Inna Busch als Protokollführerin

entschuldigt fehlt

Henning Jungclaus

Der Ausschussvorsitzende Ostwald eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Herr Ostwald die Ausschussmitglieder auf die vorliegenden Tischvorlagen hin. Er schlägt vor über die Themen

- „Turnhalle der Grundschule Ulzburg - Anschaffung eines Bodenschutzes“ sowie
- „Erweiterung bzw. Umbau der Stromversorgung und Lüftungsanlage in der Kindertageseinrichtung Kranichstraße – Aufhebung des Sperrvermerks“

unter dem TOP 7 zu beraten.

Des Weiteren erklärt Herr Ostwald, dass zum TOP 5 - Bebauungsplan Nr. 127 „Gewerbegebiet Langes Stück“ - eine umfangreiche Stellungnahme des Innenministeriums des



Landes Schleswig-Holstein eingegangen ist. Er schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt auf die nächste Ausschusssitzung zu verschieben, um über das Thema unter Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahme zu beraten.

Die Ausschusssmitglieder stimmen den obigen Vorschlägen zu. Somit ergibt sich folgende

Tagesordnung:

1. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
2. **Genehmigung der Niederschrift des Umwelt- und Planungsausschusses 09/2008-2013 am 08.06.2009**
3. **Aufhebung von Sperrvermerken**
4. **Bebauungsplan Nr. 32 „Sport- und Freizeitzentrum Beckersberg“, 6. Änderung (Mehrgenerationenhaus)
-Aufstellungsbeschluss-**
5. **Schulwegsicherung im Bereich Dammstücken
hier: Antrag der WHU-Fraktion vom 01.07.2009**
6. **Einführung einer „HVV-Dorfkarte“
hier: Antrag der WHU-Fraktion vom 01.07.2009**
- 7.1. **Turnhalle der Grundschule Ulzburg - Anschaffung eines Bodenschutzes
-Antrag der WHU-Fraktion-**
- 7.2. **Erweiterung bzw. Umbau der Stromversorgung und Lüftungsanlage in der Kindertageseinrichtung Kranichstraße
-Aufhebung des Sperrvermerks-**
8. **Bau- und Vorbescheidsanträge, die von den Festsetzungen der Bebauungspläne abweichen (Befreiungen, Ausnahmen, usw.)
werden in der Sitzung vorgetragen –**
9. **Unterrichtungen / Anfragen**
10. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
11. **Vergabe Kücheneinrichtung für die Cafeteria im Schulzentrum
-nichtöffentlich-**

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Frau Anne-Marie Möller, Kirchweg 22, spricht das Thema „Ulzburg-Center“ an. Als betroffene Anwohnerin äußert sie sich besorgt darüber, dass ihr Grundstück durch die Errichtung eines dreigeschossigen Gebäudes und dem dadurch zunehmenden Verkehrsaufkommen erheblich an Wohnwert verlieren würde. Sie erkundigt sich nach der weiteren Vorgehensweise.

Herr Ostwald erklärt hierzu, dass der Umwelt- und Planungsausschuss in seiner Sitzung am 08.06.2009 zunächst nur den Aufstellungsbeschluss für die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63 „Ulzburg-Mitte“ gefasst hat und erläutert den weiteren Verfahrensablauf. Alle Bürgerinnen und Bürger haben selbstverständlich die Möglichkeit, sich



mit Anregungen, Wünschen und Bedenken an den Planungen zu beteiligen. Er weist ferner darauf hin, dass die Investoren des neuen Ulzburg-Centers voraussichtlich in der September-Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses ihre Planungsziele näher konkretisieren wollen.

Bürgervorsteher Schäfer berichtet, dass er von mehreren Bürgern bezüglich einer im Tiedenkamp geplanten Diskothek angesprochen wurde. Er fragt an, ob eine Diskothek hier tatsächlich geplant ist.

Herr Duda erklärt, dass eine solche Bauvoranfrage der Gemeinde zwar vorliegt, ein Nutzungsänderungsantrag bisher jedoch nicht gestellt wurde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Untere Bauaufsichtsbehörde hat inzwischen die Bauvoranfrage zur Errichtung einer Erlebnisgaststätte auf dem Grundstück Tiedenkamp 22 geprüft und hierfür einen positiven Vorbescheid erteilt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

**„Genehmigung der Niederschrift des Umwelt- und Planungsausschusses
09/2008-2013 am 08.06.2009“**

TOP 10, Punkt 5, Seite 12-13

Frau Schwarz schlägt im Zusammenhang mit der Prüfung zur Regelung des Durchgangsverkehrs vor, nicht nur den LKW-Verkehr mit 3,5 t sondern auch den mit 5 bzw. 7,5 t zu betrachten.

Herr Ostwald erklärt, dass hierüber zwar nicht beraten wurde. Dieser Punkt jedoch auch von der Verwaltung geprüft werden sollte.

TOP 6, Seite 7

Herr Dahmen regt an, dass beim 4. Beschlusspunkt „Erweiterung der P+R-Plätze an dem Bahnhof Meeschensee“ die betroffenen Städte Norderstedt und Quickborn eingebunden werden sollten.

Herr Ostwald erklärt, dass die Einbindung der obigen Städte als selbstverständlicher Inhalt des Beschlusses zu sehen ist.

Weitere Einwände werden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Aufhebung von Sperrvermerken“

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschussmitgliedern eine Beratungsunterlage zugegangen, die von Herrn Mohr ergänzend erläutert wird.

Frau Schwarz weist darauf hin, dass die Entscheidung über die Aufhebung eines Sperrvermerks nach § 9 Abs. 3 Satz 3 der Landesverordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes der Gemeinden (Gemeindehaushaltsverordnung - GemHVO -) ausschließlich der Gemeindevertretung obliegt.



Herr Mohr erklärt, dass sich nach seiner Kenntnis die gemeindlichen Gremien dafür ausgesprochen haben, diese Angelegenheit an die Fachausschüsse zu delegieren.

Herr Köhlmann-Thater fragt nach, weshalb die Architekten- und Ingenieurkosten bei den energetischen Sanierungsarbeiten an den Grundschulen zusätzlich in der Kostenberechnung ausgewiesen sind.

Herr Mohr erklärt, dass die Architektenleistungen für die Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturprogramms kein Bestandteil des bestehenden Vertrags sind. Sie sind daher bei der Kostenberechnung gesondert ausgewiesen.

Da die Unklarheiten über die Zuständigkeiten zur Aufhebung von Haushaltssperrvermerken nicht abschließend geklärt werden können, schlägt Herr Ostwald vor, über den Beschlussvorschlag der Verwaltung vorbehaltlich dessen rechtlicher Zulässigkeit zu beschließen.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt - vorbehaltlich seiner Zuständigkeit - die im Haushaltsjahr 2009 bei den Haushaltsstellen

- 21110.9400 (Sanierungsmaßnahmen Grundschule Ulzburg) in Höhe von 285.000,00 €
- 21120.9400 (Sanierungsmaßnahmen Grundschule Rhen) in Höhe von 300.000,00 € und
- 76000.9400 (Fußbodensanierung Bürgerhaus) in Höhe von 4.100,00 €

verhängten Sperrvermerke aufzuheben.

Beschlussfassung:

einstimmig

Anmerkung der Verwaltung:

Aus den Beratungen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 15.06.2009 zu Haushaltssperren geht hervor, dass die mit Vorlage der Kostenberechnungen einhergehende Aufhebung gesperrter Haushaltsmittel auch durch die jeweiligen Fachausschüsse möglich ist. (Siehe Auszug aus dem o.g. Protokoll – Anlage 2)

Die Zuständigkeit des Umwelt- und Planungsausschusses ist somit nachgewiesen. Der obige Beschluss ist rechtswirksam.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

**„Bebauungsplan Nr. 32 „Sport- und Freizeitzentrum Beckersberg“,
6. Änderung (Mehrgenerationenhaus)“
-Aufstellungsbeschluss-**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschussmitgliedern eine Beratungsunterlage zugegangen. Herr Mohr erklärt diese kurz.



Herr Süme stellt die Sinnhaftigkeit für die Errichtung des geplanten Mehrgenerationenhauses zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Frage und hält eine dementsprechende zeitnahe Umsetzung für nicht erforderlich.

Herr Dahmen und Herr Ostwald können diese Auffassung nicht teilen. Der Beschluss über die Errichtung eines Mehrgenerationenhauses sei außerdem bereits gefasst.

Herr Müller gibt zu bedenken, dass die Gemeinde für die Finanzierung des geplanten Gebäudes bürgen soll. Hierdurch könnten für die Gemeinde finanzielle Nachteile entstehen.

Nach einer anschließenden Diskussion hierüber wird über folgenden Beschluss abgestimmt:

Beschluss:

- 1. Für das Gebiet – südlich der Beckersbergstraße – nördlich des Schulzentrums – westlich des Jugendfreizeitheims – östlich der Bebauung am Wiesenweg - wird die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 32 „Sport- und Freizeitzentrum Beckersberg“ (Mehrgenerationenhaus) aufgestellt. Es werden folgende Planungsziele angestrebt:**
 - Umwidmung der Fläche für Kindergarten in Fläche für soziale Zwecke
 - Erweiterung des vorhandenen Baufensters um ca. 30 m Richtung Süden
 - Prüfung des Artenschutzes
- 2. Die Ausarbeitung der Planentwürfe erfolgt durch die Verwaltung.**
- 3. Die öffentliche Unterrichtung und Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) ist im Rahmen einer öffentlichen Auslegung oder durch eine Einwohnerversammlung durchzuführen.**
- 4. Die Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB wird entsprechend § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB durchgeführt. Sie werden entsprechend § 2 Abs. 4 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.**
- 5. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB unter gleichzeitigem Hinweis auf die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung ortsüblich bekannt zu machen.**



Beschlussfassung: **7 Stimmen dafür (WHU-Fraktion, SPD-Fraktion)**
 4 Stimmen dagegen (CDU-Fraktion)

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:
„Schulwegsicherung im Bereich Dammstücken“
hier: Antrag der WHU-Fraktion vom 01.07.2009

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde den Ausschussmitgliedern ein Antrag der WHU-Fraktion zugesandt, der von Frau Schwarz erläutert wird.

Herr Ostwald teilt hierzu mit, dass nach Informationen des Kinderschutzbundes in diesem Bereich Verkehrszählungen durchgeführt wurden. Er schlägt daher vor, die Ergebnisse abzuwarten und dann über weitere Maßnahmen zu beraten.

Dieser Vorschlag wird seitens der Ausschussmitglieder einstimmig angenommen.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:
„Einführung einer „HVV-Dorfkarte““
hier: Antrag der WHU-Fraktion vom 01.07.2009

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde den Ausschussmitgliedern ein Antrag der WHU-Fraktion zugesandt. Herr Dahmen geht darauf ein und begründet diesen.

Herr Ostwald informiert, dass nach Aussage der zuständigen Verkehrsgesellschaft die Einführung einer solchen „HVV-Dorfkarte“ grundsätzlich möglich sei. Herr Ostwald regt an, hierbei die Kostenfrage im Vorwege zu klären.

Beschluss: **Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Hamburger Verkehrsverbund die Einführung eines Ortstarifes für Henstedt-Ulzburg zu einem Fahrpreis von 1,20 € zu verhandeln. Der von der Gemeinde hierfür zu tragende finanzielle Ausgleich ist im Vorfeld zu klären.**

Beschlussfassung: **einstimmig**

Zu Punkt 7.1 der Tagesordnung:
„Turnhalle der Grundschule Ulzburg - Anschaffung eines Bodenschutzes“
-Antrag der WHU-Fraktion-

Den Ausschussmitgliedern ist zu diesem Punkt eine Tischvorlage vorgelegt worden. Herr Mohr erklärt hierzu, dass der Umwelt- und Planungsausschuss aufgrund des Beschlusses des Kinder- und Jungendausschusses gebeten wird, über die eventuell erforderlichen Maßnahmen zur Nutzung der Halle 2 als Mehrzweckhalle für die Einschulungsveranstaltung am 03.09.2009 und zukünftigen Veranstaltungen zu beraten.



Herr Müller äußert sein Unverständnis darüber, dass bei der Planung von einer solchen Veranstaltung die Frage der Raumnutzung erst jetzt geklärt werden soll.

Herr Ostwald bemängelt die von der WHU-Fraktion in ihrem Antrag gewählte Formulierung. Er weist darauf hin, dass hier von einem „Ausschreibungsfehler“ nicht die Rede sein kann. Solche Angelegenheiten sollten außerdem direkt zwischen der Verwaltung und der Schule ohne Beteiligung von politischen Parteien geklärt werden.

Herr Süme stimmt diesem zu und merkt an, dass Frau Köster gemäß ihrer Aussage auf der letzten Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses für diese Maßnahme einen Sponsor über 5.000,00 € gefunden haben soll.

Die anwesende Gemeindevertreterin Honerlah entgegnet, dass sich dieses Sponsoring auf eine andere Maßnahme bezieht, die den Haushalt an einer anderen Stelle entlastet.

Im Ergebnis der sich anschließenden Diskussion stellt Herr Ostwald folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Beschluss: **Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt, die Bodenschutzfliesen für die Einschulungsveranstaltung der Grundschule Ulzburg am 03.09.2009 bei der Gemeinde Alveslohe gegen einen Spendenbetrag von 100,00 € auszuleihen.**

Der Transport, die Verlegung sowie die anschließende Entfernung und der Zurücktransport der Fliesen sind durch den gemeindlichen Baubetriebshof zu erledigen.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 7.2 der Tagesordnung:

**„Erweiterung bzw. Umbau der Stromversorgung und Lüftungsanlage in der Kindertageseinrichtung Kranichstraße“
-Aufhebung des Sperrvermerks-**

Auch zu diesem Thema ist den Ausschussmitgliedern eine Tischvorlage vorgelegt worden. Herr Mohr erläutert diese kurz.

Es entwickelt sich eine kontroverse Diskussion über die notwendige bzw. sinnvolle Leistung des Stromanschlusses.

Auf die Frage, ob eine Erweiterung des Stromanschlusses von 100 Ampere (A) auf 200 A später möglich wäre, antwortet Herr Jessen, dass der Stromanschluss jederzeit erweiterbar ist. Hierfür wäre dann ein Baukostenzuschuss in Höhe von 3.000 € zu leisten.

Herr Ostwald schlägt vor, dass vorerst eine Konzeption zur Küchennutzung festgelegt werden sollte.



Herr Müller und Herr Süme sprechen sich für ein „Verpflegungskonzept“ für alle gemeindlichen Einrichtungen mit Küchennutzung aus.

Auf Antrag der anwesenden Gemeindevertreterin Honerlah wird die Sitzung zwecks Beratung für die Zeit von 19.40 bis 19.50 Uhr unterbrochen.

Anschließend wird über folgenden Beschlussvorschlag der Verwaltung - vorbehaltlich der rechtlichen Zuständigkeit des Umwelt- und Planungsausschusses - abgestimmt:

Beschluss: **Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt - vorbehaltlich seiner Zuständigkeit -:**

Für die Installation einer Zuluftanlage und zur Gewährleistung einer dauerhaft ausreichenden Stromversorgung für die Küche der Kindertageseinrichtung Kranichstraße sind die bei der Haushaltsstelle 46405.9500 veranschlagten Haushaltsmittel mit einem Betrag von 50.000,-EUR freizugeben.

Der Sperrvermerk wird insoweit aufgehoben.

Die Arbeiten sind kurzfristig zu vergeben.

Beschlussfassung: **einstimmig**

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

„Bau- und Vorbescheidsanträge, die von den Festsetzungen der Bebauungspläne abweichen (Befreiungen, Ausnahmen, usw.)“

- werden in der Sitzung vorgetragen -

a) Antrag auf Befreiung von der Festsetzung der GRZ und des Baufensters

Herr Mohr berichtet, dass auf den Grundstücken Storchenring 98 b und 104 (Mittlereihenhäuser) jeweils eine Terrassenüberdachung errichtet werden soll. Die Zustimmung der Nachbarn liegt bereits vor.

Nach dem hier gültigen Bebauungsplan Nr. 72 „Trögenölk“ ist die GRZ auf 0,3 festgesetzt. Diese wurde beim Bau der Reihenhäuser auch eingehalten. Durch die spätere Teilung in Einzelgrundstücke ist es jedoch zu einer Überschreitung der GRZ gekommen, so dass diese nunmehr bei 0,36 liegt.

Für das Grundstück Storchenring 104 wird zusätzlich die Befreiung zur Überschreitung des festgesetzten Baufensters um 0,70 cm beantragt, damit eine Terrassenüberdachung von 4 m Tiefe errichtet werden kann.



Es kommt zu einem regen Meinungsaustausch hierüber. Im dessen Anschluss wird den obigen Anträgen mit

**9 Stimmen dafür bei
2 Stimmen dagegen (Frau von Bressensdorf, Herr Kasch)**

zugestimmt.

b) Bauvoranfrage zur Errichtung von 2 Doppelhäusern

Das Grundstück Pommernstraße 11 soll im hinteren Grundstücksbereich mit 2 Doppelhäusern bebaut werden.

Hierzu erfolgte eine negative Stellungnahme seitens der Verwaltung. Die vorgebrachten Gründe gegen das Bauvorhaben konnten durch die Untere Bauaufsichtsbehörde nicht bestätigt werden.

Die Ausschussmitglieder kommen überein, dass an der gemeindlichen Stellungnahme festgehalten werden soll. Für diese Baumaßnahme wird kein gemeindliches Einvernehmen erteilt.

**Zu Punkt 9 der Tagesordnung:
„Unterrichtungen / Anfragen“**

Herr Mohr unterrichtet die Ausschussmitglieder über folgende Themen:

a) Ausweisung von Wanderwegen

Der Vorstand vom Blau-Weiß Leezen e.V. hat bei der Verwaltung nachgefragt, ob in der Gemeinde zwei Wanderwege als solche ausgewiesen werden dürften. Dies soll durch das Anbringen von Hinweisplaketten des Deutschen Volkssportverbandes e.V. an sichtbaren Stellen erfolgen.

Seitens der Ausschussmitglieder werden keine Einwände gegen die oben beschriebene Ausweisung der gemeindlichen Wanderwege erhoben.

b) Stellungnahme zum Ulzburg-Center

Das Schreiben von Herrn Dipl.-Ing. Werner Quade vom 26.06.2009 wurde den Mitgliedern des Umwelt- und Planungsausschusses zugestellt. Die darin beschriebenen Überlegungspunkte werden zur Kenntnis gegeben.

c) Lärmschutzmaßnahme an der Schleswig-Holstein-Straße

Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Errichtung einer Lärmschutzwand entlang der Grundstücke Gräflingsberg Haus-Nr. 38 bis 50 ist es erforderlich, dass alle betroffenen Grundstückseigentümer die notwendige Geländefläche zur Verfügung stellen. Da ein Grundstückseigentümer diese Zustimmung verweigert, kann die Maßnahme vorerst nicht realisiert werden. Über das weitere Vorgehen soll in der nächsten Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses beraten werden.



d) Ausbau der Gartenstraße

Die Anlieger der Gartenstraße haben in ihrem Schreiben vom 20.05.2009 durch zahlreiche Unterschriften mitgeteilt, dass sie den Ausbau der Gartenstraße als verkehrsberuhigte Zone begrüßen.

e) Umbau der Hamburger Straße nach dem „Shared Space“- Konzept

Bei dem Abstimmungsgespräch zwischen der Verwaltung und Vertretern des zuständigen Straßenbaulastträgers (Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein) sowie Vertretern des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr zum o. a. Thema wurden erhebliche Bedenken gegen die Realisierung des Konzeptes in diesem Bereich vorgebracht. Auf den Vermerk (Anlage 3) wird verwiesen.

Auf die Frage von Frau Schwarz bezüglich der Überprüfung anderer geeigneter Straßen zur Umsetzung des „Shared-Space“-Konzeptes, erklärt Herr Mohr, dass diese Überprüfung noch nicht abgeschlossen ist.

f) Windkataster des Kreises Segeberg

Nach Mitteilung des Fachdienstes *Räumliche Planung und Entwicklung* des Kreises Segeberg sind in Henstedt-Ulzburg keine zur Aufstellung von Windkraftanlagen geeigneten Flächen vorhanden. (Siehe Anlage 4)

g) Bauleitplanung der Gemeinde Tangstedt

hier: 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6

Es werden keine Bedenken und Anregungen vorgetragen.

h) Bauleitplanung der Stadt Quickborn

hier: 5. Änderung des Flächennutzungsplanes und 2. Änderung des Landschaftsplanes

Auch in diesem Fall werden die Belange der Gemeinde nicht berührt.

Folgende Anfragen werden gestellt:

a) Garagennutzung - Beckersbergstraße 52 a

Frau von Bressensdorf merkt an, dass hier eine Zweckentfremdung der Garage zu vermuten ist.

Anmerkung der Verwaltung:

Die zuständige Untere Bauaufsichtsbehörde des Kreises Segeberg ist bereits informiert.

b) Wanderweg zwischen Timmhagen und Togenkamp

Frau von Bressensdorf erinnert an den Zustand des Wanderweges und regt erneut eine Ausbesserung des Weges an.

c) Plakattafeln

Herr Ramcke teilt mit, dass zwei große Tafeln für Wahlplakate von ihren Standorten (an der Hamburger Straße im Bereich der Einmündung in die Straße An der Pinnau sowie auch in Ulzburg-Süd) entfernt worden sind. Für die bevorstehenden Wahlen sollten die Standorte wieder aktiviert werden.



d) Backwaren-Verkauf auf dem Marktplatz Rhen

Herr Ramcke fragt an, ob ein mobiler Verkaufsstand für den täglichen Verkauf von Backwaren auf dem Marktplatz Rhen genehmigungsfähig wäre.

Herr Duda erklärt, dass diese Anfrage der Verwaltung bereits vorliegt. Die tägliche dauerhafte Aufstellung eines Verkaufswagens wird nach dem Baurecht einer baulichen Anlage gleichgestellt. Diese sind auf dem Marktplatz nicht zulässig. Somit konnte hierfür keine Genehmigung erteilt werden.

e) Bordsteinabsenkung im Kirchweg

Herr Köhlmann-Thater erkundigt sich, weshalb im Zusammenhang mit dem Ausbau des Kirchweges in verschiedenen Straßen in den Einmündungsbereichen keine Absenkung des Bordsteines erfolgt ist.

Hierzu erklärt Herr Mohr, dass die Straßenarbeiten hier noch nicht abgeschlossen und die Bordsteinabsenkungen daher noch nicht erkennbar sind. Die Einmündungs- und Kreuzungsbereiche im Kirchweg werden durch eine Aufpflasterung mit roten Pflastersteinen versehen, so dass hierdurch dann keine Bordsteinabsenkung erforderlich ist.

f) Verkehrszählung in der Hamburger Straße

Auf die Frage von Herrn Köhlmann-Thater erklärt Herr Mohr, dass die Ergebnisse der in diesem Bereich im Zusammenhang mit der Kirchwegsperrung durchgeführten Verkehrszählung noch nicht vorliegen. Diese werden zu gegebener Zeit den Ausschussmitgliedern mitgeteilt.

g) Anbau an das Endreihenhaus Alter Burgwall 7

Des Weiteren fragt Herr Köhlmann-Thater nach dem Stand zu der geplanten Erweiterung des obigen Endreihenhauses.

Herr Duda erklärt, dass in dieser Angelegenheit bisher kein weiterer konkreter Antrag eingereicht worden ist.

h) Änderung der Landesbauordnung

Auf Anregung von Herrn Köhlmann-Thater bittet Herr Ostwald die Verwaltung darum, die Ausschussmitglieder bei Seminaren zum Thema „Änderungen der Landesbauordnung“ zu berücksichtigen. Es wäre sinnvoll, wenn die zahlreichen Änderungen der Vorschrift auch den Ausschussmitgliedern zur Wahrnehmung ihrer Aufgabe vermittelt werden könnten.

i) Beschädigte Laternen am Wanderweg

Herr Kasch merkt an, dass inzwischen mehrere Laternen am EBOE-Wanderweg - in Höhe der Straße am Rodelberg - beschädigt sind.

Herr Mohr erklärt, dass die hierfür zuständige Firma bereits informiert ist.

j) 72-Stunden-Aktion der Landjugend

Die anwesende Gemeindevertreterin Honerlah fragt nach der Höhe der Kosten sowie der tragenden Haushaltsstelle für die neulich durchgeführte Aktion der Landjugend.

Herr Mohr informiert, dass für diese Aktion Kosten in Höhe von insgesamt rd.

12.000 € entstanden sind. Diese wurden aus dem noch verfügbaren Haushaltsrest



bei der Haushaltsstelle 58000.9600 „Park- und Gartenanlage Neugestaltung Bürgerpark Beckersberg“ bezahlt.

k) Verkehrsgutachten

Frau Honerlah erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zum Verkehrsgutachten.

Herr Duda erklärt, dass die hierfür benannten Fraktionsmitglieder nach der Sommerpause zwecks Erstellung eines Anforderungsprofils einberufen werden.

l) Umbaumaßnahme an der Schule „Am Beckersberg“

Frau Honerlah fragt weiter an, ob eine Nutzung des Schulhofes während der Umbauphase und insbesondere in den Unterrichtspausen für die Schüler möglich sein wird.

Herr Mohr erklärt, dass dieser Punkt im Rahmen der Gesamtplanung der Umbaumaßnahme selbstverständlich berücksichtigt wird, um hierfür eine sinnvolle Lösung zu finden.

m) Illegale Werbeschilder

Des Weiteren fragt Frau Honerlah an, ob seitens der Verwaltung Maßnahmen gegen die zahlreichen ungenehmigten Werbeschilder durchgeführt werden.

Herr Duda erklärt hierzu, dass die Zuständigkeit für die Einleitung sowie die Durchführung von Ordnungswidrigkeitsverfahren bezüglich der illegal aufgestellten Werbeschilder ab dem 01.05.2009 wieder der Unteren Bauaufsichtsbehörde des Kreises Segeberg obliegt.

n) Wohnnutzung im Gewerbegebiet Nord

Herr Müller fragt an, ob durch die 12. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 59 „Gewerbegebiet Ulzburg – Kirchweg / Gutenbergstraße“ eine Wohnnutzung in diesem Bereich ausgeschlossen ist. Er bittet um eine schriftliche Bestätigung.

Herr Mohr sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung zu.

o) Sanierungsmaßnahmen im Kirchweg

Auf Hinweis eines betroffenen Bürgers fragt Bürgervorsteher Schäfer, weshalb bei der Straßensanierung im Kirchweg eine fertig gestellte Fläche erneut aufgerissen werden musste.

Herr Mohr berichtet von dem grundsätzlichen Problem, das dadurch begründet ist, dass für diesen Bauabschnitt keine verbindlichen Leitungspläne über vorhandene Versorgungsleitungen existieren. Er wird sich über die Einzelheiten zu diesem Sachverhalt informieren.

p) Kreiselbau am Netto-Markt

Auf Nachfrage von Herrn Ramcke erklärt Herr Mohr, dass gemäß der Mitteilung vom Land Schleswig-Holstein die Mittel für den Kreiselbau mit einem Sperrvermerk versehen worden sind.

Die Verwaltung hat den zuständigen Minister um eine genauere Stellungnahme hierzu gebeten.



Anmerkung der Verwaltung:

Mit den entsprechenden Bauarbeiten soll nunmehr am 10.08.2009 begonnen werden.

q) Ausbesserung der Straße Beckershof

Herr Ostwald fragt nach dem Stand zur geplanten Ausbesserung der Straße Beckershof.

Hierzu informiert Herr Mohr, dass seitens der Verwaltung alle Zustimmungen zu den geplanten Ausbesserungsmaßnahmen erteilt worden sind. Er sagt zu, sich in dieser Angelegenheit mit dem Wegezweckverband in Verbindung zu setzen.

r) Brücke am Hohnerberg

Auf Anfrage von Herrn Ostwald informiert Herr Mohr, dass derzeit ein Ingenieurbüro die Sanierungsmöglichkeiten der Brücke überprüft. Die Ergebnisse dieser Überprüfung sind abzuwarten.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Herr Dietrich Remde, vom Seniorenbeirat, interessiert sich für das Thema „Schulwegsicherung im Bereich Dammstücken“ und fragt nach, wie hier nunmehr verfahren werden soll.

Herr Ostwald erklärt, dass vorerst die Ergebnisse der Verkehrszählung abzuwarten sind und dann Entscheidungen zur Sicherung des Schulweges getroffen werden.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

**„Vergabe KÜcheneinrichtung für die Cafeteria im Schulzentrum“
-nichtöffentlich-**

Siehe Anlage zur Niederschrift.

Die Anlage ist vertraulich zu behandeln und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

Im Anschluss an die Beratung zu diesen Tagesordnungspunkten stellt Herr Ostwald die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung.

gez. Horst Ostwald
(Ausschussvorsitzender)

gez. Inna Busch
(Protokollführerin)

gesehen: gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)

Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 15.06.2009

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2009“

Die Haushaltssperren zu Punkt 1 bis 4 bleiben aufrecht erhalten, bis die Verwaltung den gemeindlichen Gremien entsprechende Kostenberechnungen vorgelegt hat. Die mit Vorlage der Kostenberechnungen einhergehende Aufhebung gesperrter Haushaltsmittel ist auch durch die jeweiligen Fachausschüsse möglich.

1. Vermerk

Antrag der FDP-Fraktion:

Umbau der Hamburger Straße im Bereich zwischen der Schulstraße und der Guttenbergstraße nach „Shared Space“-Kriterien

Um den o.g. Antrag der FDP-Fraktion auf Realisierbarkeit zu überprüfen, fand am 24. April 2009 um 10:00 Uhr ein Abstimmungsgespräch mit den Vertretern des zuständigen Straßenbaulastträgers (Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein, LBV S-H) und Vertretern des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr statt.

Nach einer kurzen Vorstellung des geplanten Vorhabens durch Herrn Bürgermeister Dornquast wurde in einer offenen Diskussionsrunde ersichtlich, dass seitens aller Diskussteilnehmer erhebliche Bedenken gegen den o.g. Umbau bestehen.

Der Grundgedanke des „Shared-Space“-Konzeptes sieht vor, den öffentlichen Raum für den Menschen aufzuwerten. Das Konzept geht dabei von der Überregulierung des Verkehrsraums aus, die sich etwa in Überschilderung ausdrückt und teilweise nicht verkehrsinduziert, sondern rechtlich bedingt ist.

Da der schleswig-holsteinische Landtag sich schon seit längerem mit dieser Thematik beschäftigt, wurde von einem Mitarbeiter daraufhin gewiesen, dass keine gesetzliche Grundlage (außer der Rechts-vor-Links-Regel) für die Verkehrsregelung existiert. Da somit auch keine Geschwindigkeitsbeschränkung existiert, ergibt sich eine hohe Gefährdung für nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer. Auch die Aufrechterhaltung der Verkehrssicherungspflicht, die Schulwegsicherung sowie die Belange von behinderten Verkehrsteilnehmern sind nach dem „Shared Space“-Prinzip kritisch zu bewerten.

Seit 2007 wird „Shared Space“ testweise im Rahmen des Infrastrukturförder-programms *INTERREG North Sea Region Programme* der Europäischen Union auch in der niedersächsischen Kleinstadt Bohmte verwirklicht.

Im Gegensatz zu der Gemeinde Henstedt-Ulzburg existiert im Bereich der rd. 13.000 Einwohner zählenden Stadt Bohmte eine Bundesstraße (B 51), auf der der überörtliche Verkehr westlich am Ort vorbeifließen kann. Die innerörtliche Verkehrsbelastung ist somit nicht mit der der Gemeinde Henstedt-Ulzburg zu vergleichen.

Des Weiteren besagt das „Shared-Space“-Konzept, dass in den folgenden Fällen ein Umbau nach „Shared-Space“-Kriterien nicht erfolgen sollte.

- Straßen mit hoher Verkehrsbelastung (DTV > 3000)
- Straßen mit hohem Durchgangs- und Schwerverkehr
- Straßen mit hohem Parkdruck
- Straßen mit hohem Lieferverkehr
- Straßen, die verstärkt von mobilitätseingeschränkten Personen genutzt werden
- Straßenabschnitte, deren Streckenlänge mehr als 400 m beträgt

Da die Hamburger Straße im geplanten Bereich zwischen der Schulstraße und der Gutenbergstraße genau diese Eigenschaften aufweist, wurde einvernehmlich festgelegt, dass vor dem Planungsbeginn erst einmal die bereits realisierten oder schon im Planungsverfahren befindlichen „Shared Space“-Projekte (wie z.B. Bohmte) bewertet und beurteilt werden.

2. Bgm. Dornquast m.d.B. um Kenntnisnahme und Unterrichtung im UPA

3. zu den Akten

gez.

Ebeling



Kreis Segeberg
Die Landrätin

Kreis Segeberg · Postfach 13 22 · 23792 Bad Segeberg

Gemeinde Henstedt-Ulzburg
Rathausplatz 1
24558 Henstedt-Ulzburg

Fachdienst
Räumliche Planung und
Entwicklung

Ihr Ansprechpartner:
Herr Hartmann

Zimmer: 612 Haus: B

Telefon: 04551/951-518

Telefax: 04551/951-99817

E-Mail: frank.hartmann@kreis-segeberg.de

Az.: 61.00

(bitte stets angeben)

Datum: 1.7.2009

Betr.: Windkataster 2009

hier: Anregungen der amtsangehörigen Gemeinden

Anlagen: Übersichtspräsentation und -karte, Abwägungsergebnisse

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich für die Stellungnahmen und die Anregungen zum Entwurf des Windkatas-
ters bedanken. Die Beschlussfassungen der Gemeinden, und die vorgetragenen weiteren
Flächenvorschläge haben wir anhand der einschlägigen Kriterien intensiv geprüft. Außer-
dem sind auch die Stellungnahmen der beteiligten Fachbehörden in diese Prüfung einge-
flossen. Das Ergebnis entnehmen Sie bitte den in der Anlage beigefügten Unterlagen.

Ich bitte um Verständnis, dass wir aus Praktikabilitätsgründen das Abwägungsergebnis
per Mail übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez.

F. Hartmann

Kreis Segeberg, Hamburger Straße 30, 23795 Bad Segeberg, Telefon: 04551/951-0
Internet-Adresse: <http://www.kreis-segeberg.de>
Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 08.30 - 12.00 Uhr sowie
Dienstag und Donnerstag 14.00 - 16.00 Uhr oder nach Vereinbarung
Postbank Hamburg: 173 63-203, BLZ 200 100 20
Kreissparkasse Südholstein: 612, BLZ 230 510 30
Volksbank eG Neumünster: 522 540 00, BLZ 212 900 16



metropolregion hamburg

Anlage 4 zur Niederschrift über die Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses
10/2008-2013 am 13.07.2009

Windkataster Kreis Segeberg
Entwurf

Juni 2009

Stellungnahmen zur Beteiligung der Gemeinden und TöB:

Fläche	Anregung	fachliche Bewertung 61.00	Entscheidung
--------	----------	---------------------------	--------------

Sonstige Flächenvorschläge			
47 Henstedt-Ulzburg	2 Flächen beiderseits der L 326	Lage im Achsenraum und im 1.000m-Abstand zu den benachbarten Ortslagen.	Keine Eignung.